

Was ist Faschismus?

Man frage 10 Fachleute und erhalte 15 Definitionen.

Ok. Let's try. Hier und heute der Versuch einer Annäherung.

Warum ist eine Faschismusdefinition heute überhaupt aktuell? – Haben wir nicht andere Vokabeln, um zu beschreiben, dass sich unsere westlichen Gesellschaften nach rechts bewegen: Populismus, autoritärer Führungsstil - ...

Oder schärfer: Menschenfeindlichkeit, Faschismus, Rechtsextremismus

Wir versuchen es: Parteien wie die AfD, Melonis Fratelli d'italia, LePens Rassemblement National oder die Republikaner unter Trump geht es nicht mehr allein um den Gewinn demokratischer Wahlen. Sie wollen den Wechsel von einer liberalen Demokratie mit garantierten Freiheitsrechten zu einer Entdemokratisierung.

Also ein Prozess der Faschisierung?

Ich stehe hier in der Via des Corso. Nicht weit vom Forum Romanum. Die Menschen drängen sich an den Rand der Häuser, ein kleines Kind neben mir fiel in die Auslagen des Obsthändlers. Aber trotzdem herrscht Stille – anders als vor noch fünf Minuten.

Von weitem hört man Schritte, fast so wie von Soldaten. Sie kommen näher und jetzt sehe ich die Likatoren. 3, 4, 6 sind es. Sie tragen in ihrer linken Hand ein Rutenbündel, zusammen gehalten von einem Lederriemen. In anderen Städten ragt aus dem Bündel noch eine Axt heraus, in Rom – wie man sieht - verboten. Energisch schreiten die Likatoren voran. Sie dulden niemand in ihrem Weg. Sie sind die Leibwachen eines hohen Beamten. Wer mag das heute sein? – Jetzt, ich kann ihn erkennen: Marcus Aemilius, einer der Praetoren des Römischen Reiches auf dem Weg zum Obersten Gericht.

Jawohl: Recht und Ordnung soll wieder herrschen in Italien. Menschenmassen drängen sich auf den Gehwegen der Via des Corso. Die meisten jubeln. Der Tag, der 28. Oktober 1922, ein wahrlich historischer Tag. Viele tausend Männer, so schätze ich, marschieren auf das Zentrum Roms zu. Schwarze Hemden. Manche symbolisch mit dem alten Rutenbündel aus der Zeit des Imperium Romana ausgestattet. Vor 4 Tagen hatte der Anführer des Zuges, Benito Mussolini, in Neapel verkündet: „**Unser Ziel ist einfach: Wir wollen Italien regieren.**“ Und der Papst, Pius XI., gab seinen Segen dazu: „**Die Vorsehung hat ihn uns geschickt, um das Volk von der**

Irrlehre des Liberalismus zu befreien.“ Einige Menschen lachen über die ungewöhnlich aussehenden Männer. – Ihnen wird das Lachen noch vergehen!

R: Frau Ministerpräsidentin, ihre Partei, die „Brüder Italiens“ sind der Nachfolger des postfaschistischen Movimento Sociale Italiano. Sind sie eine Faschistin?

M: Was soll das? Ich bin radikal konservativ. Wir regieren Italien mit dem Ziel, das Volk zu einen. Ich will so regieren, dass die Italiener wieder stolz sein können, die italienische Trikolore zu schwenken. Und alle sollen merken: Der Spaß ist vorbei! Auch Italien wird anfangen, seine nationalen Interessen zu verteidigen.

R: Die EU-Kommission hat ihre Einflussnahme auf die RAI-Sender, Radio und Fernsehen, kritisiert. Wollen sie die Meinungsfreiheit in Italien beseitigen?

M: Nun hören Sie aber auf. Ursula von der Leyen ist meine Freundin. Ich unterstütze sie im Ukraine-Krieg. Und wenn ich sog. Journalisten verklage, die mich „Bastardin“ titulieren oder „kleines, nur 120 Zentimeter großes Frauchen“, dann ist das wohl mein Recht.

Nachtrag: Was veränderte sich in Italien, seit Meloni 2022 Ministerpräsidentin ist: weitgehende Abschaffung der Sozialhilfe für Arbeitslose unter 60, Begrenzung der Einwanderung, europäische Gesetze sollen wieder nationalen unterstellt werden.

R: Herr Orbán, die Europäische Union hat Ungarn verklagt, weil Ihre Partei die LGTB-Community diskriminiert.

O: Wir diskriminieren nicht, wir schützen unsere Kinder. Versammlungen dürfen das Kinderschutzgesetz nicht unterlaufen. Deswegen: Die Organisatoren der Pride-Parade sollten sich nicht um die Vorbereitung des diesjährigen Umzugs bemühen. Es wäre verschwendete Zeit und Geld.

R: Aber...

O: Nichts aber, wir verteidigen europäische Werte, zu denen unter anderem der Schutz der Familie gehört. Also weg mit allem, dass diesen Werten entgegensteht: Wir haben z. B. die zersetzenden Gender-Studien an unseren Universitäten abgeschafft oder per Gesetz durchgesetzt, dass Eltern immer Mann und Frau sein müssen, also Homo-Paare keine Kinder großziehen dürfen. Wir schützen die Entwicklung von Kindern, bekräftigen, dass ein Mensch entweder als männlich oder weiblich geboren wird, und stehen fest gegen Drogen und ausländische Einmischung.

R: Und deshalb darf an Schulen nicht mehr über Homosexualität oder Geschlechtsumwandlung gesprochen werden? Und müssen sogar Bücher darüber im Buchhandel in undurchsichtigen Umschlägen verpackt werden?

O: Das sind Fragen, die Sie entlarven! Sind Sie pädophil?

R: Ist das Versammlungsgesetz oder das Gesetz gegen die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen deshalb beschlossen worden, damit Kritiker mundtot gemacht werden und Sie bei den nächsten Wahlen nicht gefährden können? Putinisieren Sie Ungarn?

O: Die Wanzen haben überwintert. Wir liquidieren die Finanzmaschinerie, die mit korrupten Dollar Politiker, Richter, Journalisten, Pseudo-Zivilorganisationen und politische Aktivisten gekauft hat. Wir werden die gesamte ‚Schattenarmee‘ vernichten. Es lebe Ungarn!

R: Mister President, 1803 kauften die USA Louisiana von Frankreich, 1819 Florida von Spanien, 1867 Alaska von Russland und 1917 die Jungferninseln von Dänemark? Setzen Sie diese Einkäufe fort?

T: Indeed. Das wird ein Goldenes Zeitalter für die Vereinigten Staaten. Wir werden Grönland von den Dänen abkaufen. Die Grönländer wollen das ja auch.

R: Sicher? Dänemark auf jeden Fall nicht.

T: Wir werden die Dänen dazu zwingen. Die Menschen wissen nicht einmal, ob Dänemark auf Grönland irgendwelche Rechte hat. Wenn, dann sollten sie es aufgeben. Wir brauchen Grönland für die Sicherheit der freien Welt.

R: Und wenn die das nicht so sehen.

T: Wir werden nicht alles, was uns zusteht, kaufen. Die Kontrolle über den Panama-Kanal holen wir uns notfalls mit unserem Militär zurück. Und Kanada, darauf können Sie wetten, wird der 51. Bundesstaat der USA. Wenn diese künstliche Grenzlinie wegfällt, wird es besser für unsere nationale Sicherheit. Und nicht zu vergessen: Im Grunde beschützen wir Kanada. Und Zölle bräuchten wir dann auch nicht mehr.

R: Bleibt da noch der Gaza-Krieg.

T: Wir sind entschlossen, Gaza zu besitzen, es zu nehmen und sicherzustellen, dass die Hamas nicht zurückkommt. Alle Trümmer werden beseitigt. Es entstehen am Strand Wolkenkratzer mit Hotels und Spielbanken, Segeljachten liegen vor den Hotelbuchten. Wir machen Gaza zur wirtschaftlich florierende "Riviera des Nahen Ostens", zu einem Urlaubsparadies.

R: Und die Palästinenser dort verdienen gutes Geld?

T: Sie wollen nicht nach Gaza zurückkehren. Der einzige Grund, warum sie über eine Rückkehr nach Gaza sprechen, ist, dass sie keine Alternative haben. Die USA werden sich um die Palästinenserinnen und Palästinenser kümmern, damit andere arabische Staaten sie aufnehmen.

R: Ich merke gerade, dass der Präsident der Russischen Föderation zugeschaltet ist. Herr Putin, was haben Sie auf dem Herzen?

P: Die gegenwärtige Lage ist nicht normal. Deshalb begrüße ich die Initiativen des US-Präsidenten. Er muss jetzt nur noch die letzten Konsequenzen ziehen, nämlich die Anerkennung, dass die Zweistaatlichkeit mit der Ukraine ein Unfall der Geschichte sei. Die Ukraine ist nämlich ein unabtrennbarer Teil unserer russischen Geschichte.

R: Sie wissen schon, dass die Ukrainer stolz sind auf die Unabhängigkeit ihres Landes. Wollen sie das nicht respektieren?

P: Kommen Sie mir jetzt nicht mit demokratischem Willen. Ich sage mit Nachdruck: Was demokratisch erledigt werden kann, wird demokratisch erledigt. Aber ich sage auch mit Nachdruck: Was nicht demokratisch geht, muss man eben anders machen. Russland hilft mit seiner Spezialoperation, eine neue Weltordnung aufzubauen. Ohne die Dominanz der USA. M. Trump – Sie sind mein Mann!

R: Sie sagten einmal, Sie wollen nicht die Vizekanzlerin von Angela Merkel sein. Höre ich das Ressentiments gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen die Europäische Union?

L: Das Problem sitzt viel tiefer. Ich will die Präsidentin Frankreichs sein und nicht eine unbestimmte Region der Europäischen Union beaufsichtigen. Ich will die EU zerstören, nicht Europa! Ich glaube an das Europa der Nationen. Ich glaube an Airbus und an "Ariane", an ein Europa der Kooperationen. Aber ich will nicht diese europäische Sowjetunion, die von Deutschland beherrscht wird.

R: Die Europäische Union hat Frankreich wie Deutschland zu Frieden und zu großem Wohlstand verholfen. Was sind Ihre Kritikpunkte an der Europäischen Union?

L: Die Europäische Union verbietet alles. Sie bestraft und maßregelt uns permanent. Mein erster Job als Präsidentin wäre, Frankreich aus dem Schengener Abkommen herauszulösen und Frankreich seine Grenzen zurückzugeben. Die massive Einwanderung ist keine Chance für Frankreich, sie ist ein Drama für Frankreich. Die durch die Masseneinwanderung fortschreitende Islamisierung unseres Landes und

der Anstieg politisch-religiöser Ansprüche stellen das Überleben unserer Zivilisation infrage.

R: Würde durch eine Grenzschießung nicht die Wirtschaft Frankreichs leiden?

L: Das sehe ich anders. Putins Russland ist für uns Vorbild für eine patriotische Wirtschaftspolitik.

R: Ist diese Aussage alte Anhänglichkeit? Schließlich haben russische Banken Ihre Partei finanziert. – Aber egal. Sie sind verurteilt, weil Sie EU-Mittel rechtswidrig für das Rassemblement National verwendet haben. Ihnen wurde das passive Wahlrecht entzogen, Sie können sich jahrelang nicht zu Wahl stellen...

L: Hören Sie auf damit. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das war auch keine Entscheidung der Justiz, das war eine politische Entscheidung, eine Hexenjagd auf mich und meine Partei. Die Unterstützung und die Botschaften meiner Anhänger – und das sind Millionen Franzosen - erwärmen mir das Herz. Das ist für mich ein Grund mehr, nicht nachzulassen. Und jedem versichere ich: Ich werde nicht aufgeben.

R: Herr Wilders, Sie und Ihre Stiftung sind einzige Mitglieder Ihrer Partei, der Partei für die Freiheit. Hat das noch etwas mit Demokratie zu tun?

W: Ich bin der Führer einer Bewegung. Ich spreche also nicht für eine Partei, sondern drücke den Willen einer Mehrheit der Niederländer aus: Ich stehe für die Verschärfung des Asylrechts, für ein Verbot des Familiennachzugs, gegen medizinische Versorgung illegal Eingewanderter, Kopftuch- und Burka-Verbot, Verbot des Baus weiterer Moscheen, für die Verschärfung des Strafrechts, für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, für ein höheres Tempolimit, also nicht 100, sondern 130 kmh...

R: Gut, gut. Verstanden. - Ihre Partei ist nach den Wahlen stärkste Partei im Parlament. Ihre Koalitionspartner lehnten sie aber als Ministerpräsidenten ab.

W: Obwohl ich versichert habe, meine Ansichten über den Islam in die Gefriertruhe zu legen. Ist aber egal. Wir haben zum ersten Mal in den Niederlanden eine Regierung, die auch meinen Freunden in ihrem Land, den Freunden in der AfD gefallen würde.

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns aus dem Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen... Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für

diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache... Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“

Das schrieb der NSDAP-Reichspropagandaleiter Josef Goebbels im Völkischen Beobachter am 30. April 1928, nachdem er bei den Reichstagswahlen am 20. Mai als einer von 12 Abgeordneten der Nazi-Partei in den Reichstag eingezogen war.

Es ist müßig, über die Definition des heutigen Faschismus zu streiten. Die Methoden sind es, die ihn als solchen entlarven, nämlich gegen die Freiheiten unserer Demokratie, als da wären:

gegen die Gewaltenteilung und somit gegen freie, regierungsunabhängige Gerichte und Meinungsfreiheit,

für Führerkult,

für totale Kontrolle über Staat und Gesellschaft, bis hinein in Gewerkschaften, in Vereine,

mit dem Fokus auf Recht und Ordnung – natürlich nach ihren Vorstellungen und bereit, dies mit Schlägertruppen durchzusetzen,

gegen das, was sie Sozialismus oder gar Kommunismus nennen, nämlich soziale Gerechtigkeit und solidarische Versicherungen,

mit Nationalismus verbunden mit Fremdenfeindlichkeit sowie Antisemitismus und Islamfeindlichkeit,

manchmal auch mit Imperialismus

und natürlich wirtschaftsliberal – von irgendwoher muss ja das Geld kommen.